

12.56

Bundesrat David Stögmüller (Grüne, Oberösterreich): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Minister in Vertretung! Sehr geehrte Damen und Herren! Zum vorliegenden Gesetz wurde ja bereits einiges erwähnt und vorgebracht. Ich kann mich hier grundsätzlich allen Redebeiträgen anschließen, denn mit diesem Gesetz wurde ja auch eine Schlechterstellung beziehungsweise eine Benachteiligung von Genossenschaften gegenüber Kapitalgesellschaften bereinigt. Das ist auch zu begrüßen und auch, dass die Regierung von ihren eigentlichen Plänen im Ministerialentwurf abgesehen hat und doch noch auf die Forderungen der Gemeinnützigen eingegangen ist, wie der Kollege schon gesagt hat. Damit steht in Zukunft die Umgründungsform der Spaltung auch Genossenschaften dementsprechend offen.

Dieses Gesetz oder diese Novellierung wird aber eines nicht lösen, nämlich die immens teuren Wohn- und Mietkosten in ganz Österreich. Ich weiß, das war jetzt nicht die Intention des Gesetzes, trotzdem dürfen wir die Augen vor diesem Problem nicht verschließen. Leistbares Wohnen wird zu einem wichtigen Thema für immer mehr Menschen in Österreich, für immer mehr Österreicherinnen und Österreicher. Die Mieten steigen, das Angebot ist zu gering, Menschen demonstrieren für leistbares Wohnen.

Ich möchte einen kurzen Rückblick auf aktuelle Schlagzeilen geben. Die „Salzburger Nachrichten“ haben erst diese Woche getitelt: „Durchschnittsmiete österreichweit in Salzburg am höchsten“. Austria Presse Agentur: Die Nettomieten sind in den letzten fünf Jahren durchschnittlich um mehr als 23 Prozent gestiegen. Zum Vergleich: Der Verbraucherpreisindex ist in diesem Zeitraum um 8 Prozent gestiegen. Die Mietpreise steigen also wesentlich stärker als die Inflation.

Der Oberste Gerichtshof entscheidet, dass die Untervermietung von Wohnungen einen Kündigungsgrund darstellt, wenn mehr verlangt wird, als man selbst bezahlt. Dieses Urteil ist ein ganz wichtiger Schritt, weil nämlich erkannt wurde, dass lukrative Kurzzeitvermietungen gerade bei Airbnb oder sonstigen Plattformen auch immer mehr Wohnraum entziehen und somit auch die Preisspirale immer weiter anheizen.

Wenn wir uns zum Beispiel in Salzburg die Mietpreise anschauen, dann kostet dort ein Quadratmeter durchschnittlich 9,20 Euro. 9,20 Euro, das ist österreichweit der Spitzenwert. Und am freien Markt sind die Mieten noch viel, viel höher. Der Österreich-Durchschnitt liegt bei 7,20 Euro pro Quadratmeter, daran sieht man den Vergleich zwischen Salzburg und dem Rest von Österreich. Das billigste Bundesland von den Mieten her ist das Burgenland, da ist es am günstigsten.

Es kommt auch zu irrsinnigen Sachen, zum Beispiel wurde in der Landeshauptstadt Salzburg zuletzt ein Fall bekannt, wo eine 39-Quadratmeter-Garconniere im Stadtteil Lehen – die Salzburger Kolleginnen und Kollegen wissen, wo das ist – für knapp 740 Euro vermietet wurde. Das sind schon immense Preise, auf die das Ganze hinsteuert, wo man schauen muss, dass das ja auch irgendwie leistbar bleiben oder werden muss.

Was wir uns aber als Politiker und Politikerinnen vor Augen halten müssen, ist, dass wir den Menschen das Grundrecht Wohnen, das Grundrecht leistbares Wohnen, ermöglichen müssen. Wir müssen dafür sorgen, dass Menschen sich das Wohnen auch leisten können.

Beim Thema Mieten und Wohnkosten gehen die Emotionen hoch, das ist klar; aber es gibt einen Bereich, wo die Bedürfnisse noch nicht angekommen sind, nämlich in der Politik der österreichischen Bundesregierung. Vielleicht kommen sie ja noch an. Sogar ganz im Gegenteil, Maßnahmen wie der 12-Stunden-Tag wirken in die entgegengesetzte Richtung. Sie führen dazu, dass die Einkommen sinken und ein noch größerer Teil des Einkommens für Mieten und Wohnen ausgegeben werden muss. Ich kann Ihnen versprechen, wir Grüne, gerade auch in den Ländern, gerade auch in den Landesregierungen, gerade auch in den Städten und gerade auch in den Gemeinden, werden an diesem Thema dranbleiben, das so viele Österreicherinnen und Österreicher beschäftigt.

Es gibt nämlich ein Grundrecht auf eine angemessene Wohnmöglichkeit, es gibt aber kein Grundrecht, und das ist mir wichtig, auf maximale Gewinne durch Spekulation und Wohnraum. In Innsbruck hat unser grüner Bürgermeister Georg Willi bereits begonnen, sich dieser Problematik zu stellen. Auch mit schwierigen Grundvoraussetzungen wird dort leistbarer Wohnraum geschaffen. Er kämpft bei den sogenannten Vorbehaltsflächen gegen die Widerstände auch innerhalb der Stadtpolitik an. Nicht nur in Tirol oder in Innsbruck, auch im Bundesland Vorarlberg wird mit gezielten Siedlungsschwerpunkten, verpflichtenden räumlichen Entwicklungsplänen und der Vermeidung von Baulandhortung dem Problem an den Kragen gegangen.

Dennoch sind wir noch lange nicht am Ziel, denn es zeigen sich verschiedene Problematiken; zum Beispiel dass Wohnbauträger die Grundstücke zu exorbitanten Preisen kaufen und dann versuchen, Druck auf die politisch Verantwortlichen auszuüben, um möglichst verdichtet bauen zu können, um ihre Investitionen logischerweise wieder hereinspielen zu können. Sie heizen damit aber die Preise massiv an und verringern

die Lebensqualität der Menschen vor Ort, die dann natürlich im verdichteten Lebensraum leben müssen. (*Bundesrat **Rösch**: Ist das zum Thema?*)

Dass Grundstücke und Wohnungen aus Spekulationsgründen gehortet und dadurch dem Markt entzogen werden, ist natürlich ein riesiges Problem. Hier braucht es wirkungsvolle Maßnahmen, damit Spekulationen nicht mehr lukrativ sind. Hier müssen wir als Politikerinnen und Politiker die Interessen der Bevölkerung vor die Interessen an maximalem Profit stellen. Die beiden in der Bundesregierung vertretenen Parteien ÖVP und FPÖ waren hier Speerspitzen für die Profitinteressen.

Sehr geehrter Herr Minister, wert Kolleginnen und Kollegen, da müssen wir alle gemeinsam daran arbeiten, alle Schrauben drehen, um jungen Menschen eine Zukunftsperspektive in den Städten, aber auch am Land zu ermöglichen und zu eröffnen.

(*Zwischenruf der Bundesrätin **Eder-Gitschthaler**.*)

Für uns Grüne ist das Thema leistbares Wohnen ein zentrales Zukunftsthema. Dieses Thema wird in vielen Landesregierungen schon angegangen, nämlich in Vorarlberg und Tirol, wo jeweils Schwarz-Grün regiert (*Bundesrat **Steiner**: Na was passiert in Tirol? Die höchsten Mieten! – Bundesrätin **Mühlwerth**: Vorarlberg hat eine der höchsten Mieten!*), in Salzburg, aber auch in Wien und in anderen Bundesländern. Dafür werden wir uns auch weiterhin starkmachen. Das ist zumindest etwas, das passiert. – Vielen Dank. (*Beifall bei der SPÖ.*)

13.03

Vizepräsident Ewald Lindinger: Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Dr. Peter Raggl. Ich erteile es ihm. – Bitte.